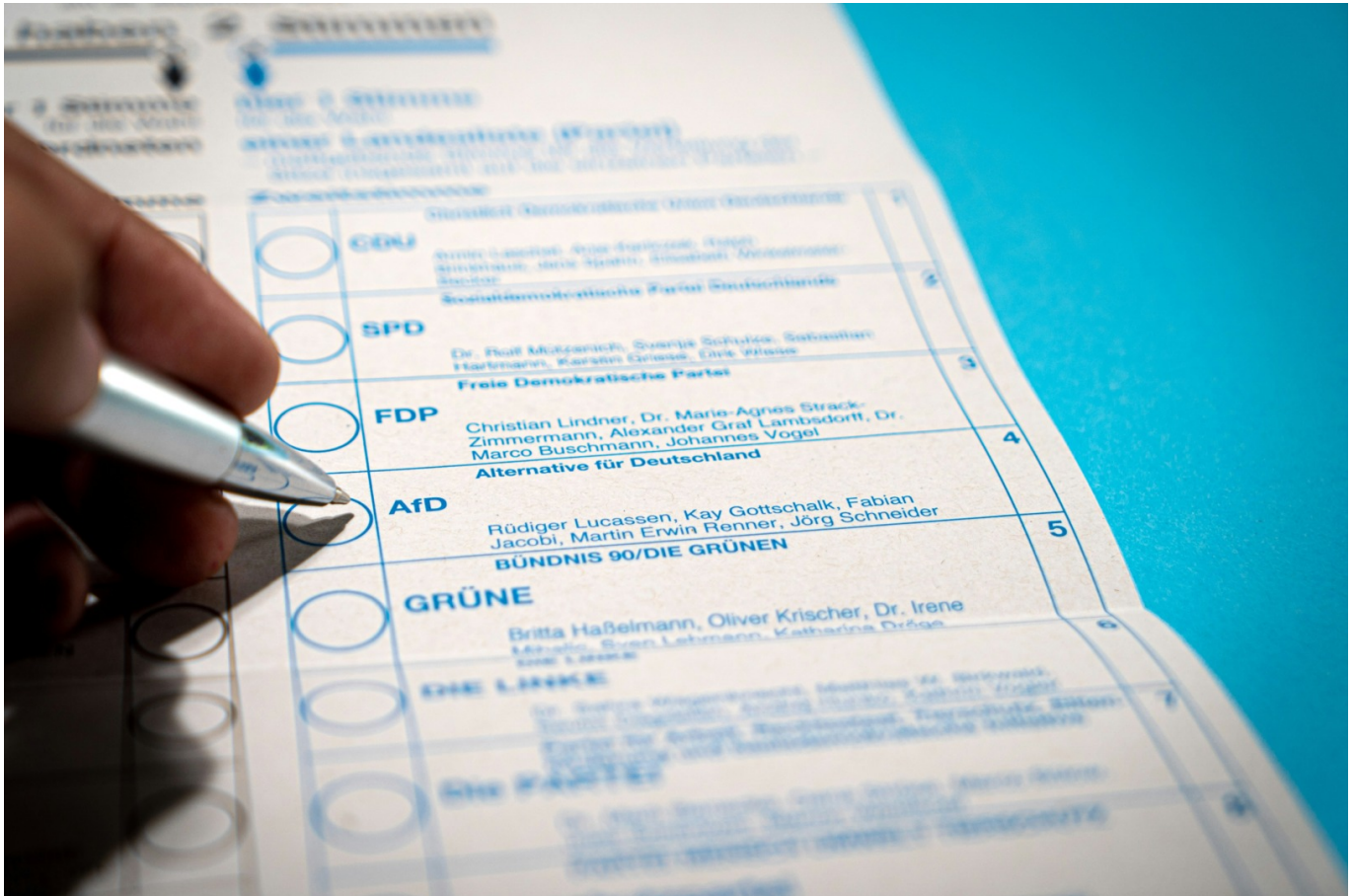


# Das Erfolgsjahrzent der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD)

Valentina Tonino  
19th December 2025



Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde im Februar 2013 gegründet und begann als euroskeptische Bewegung, bevor sie später auch die Einwanderungspolitik in Frage stellte. In nur einem Jahrzehnt hat die AfD in allen Bundesländern an Popularität gewonnen, indem sie bei Regional-, Bundes- und Europawahlen in allen Altersgruppen bedeutende Stimmenanteile erzielte. Ursprünglich als Protestwahl gegen etablierte Parteien betrachtet, geben inzwischen immer mehr Anhänger:innen an, aus Überzeugung für die AfD zu stimmen. Die Attraktivität der Partei für junge Wählerschaften bei den letzten Europawahlen hat die demokratischen Parteien vor eine unangenehme Frage gestellt: Wie konnte der Populismus so populär werden?

**In Zusammen-  
arbeit mit:**

**nccr —→ on the move**

National Center of Competence in Research –  
The Migration-Mobility Nexus

Populistische Rechtsparteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch, Deutschland bildet keine Ausnahme. Die Alternative für Deutschland (AfD), die führende rechtsextreme Partei des Landes, erzielte bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 seinen Durchbruch und sicherte sich 15,9 Wähleranteil – das entspricht etwa jeder sechsten Stimme. Dieser Erfolg erschütterte das politische Establishment in Deutschland. Besonders auffällig waren die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo die AfD auf 30,6, 32,8 bzw. 29,2 Prozent kam, was eine Verschiebung der Stimmung der Wähler:innen hin zur extremen Rechten signalisiert. Im Jahr 2025 schnitt die Partei bei den Bundestagswahlen gut ab und erreichte den zweiten Platz knapp hinter der konservativen CDU/CSU.

Diese hohe Stimmenanteile stellen das Klischee des typischen AfD-Wählers – ein weisser Mann mittleren Alters – in Frage, den mittlerweile hat die Partei die Mitte der Gesellschaft erreicht. Besonders auffallend ist der Erfolg bei Jungen: 16 Prozent der Wähler:innen der Altersgruppe zwischen 16 und 24 Jahren unterstützten bei den letzten EU-Wahlen die AfD. Sowohl junge als auch ältere Wähler:innen geben zunehmend an, die AfD aus Überzeugung zu unterstützen, was einen breiteren gesellschaftlichen Wandel hin zu radikalen Ansichten widerspiegelt. Lange Zeit galt Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit als immun gegen Rechtspopulismus, doch der rasante Aufstieg der AfD beweist das Gegenteil. Über die Auswirkungen auf das Land und die Europäische Union hinaus ist es wichtig, darüber nachzudenken, warum sich bedeutende Teile der Gesellschaft von einer populistischen rechten Partei überzeugt werden.

#### **Junge Wählende dort abholen, wo sie sind**

Seit 2024 sind 16- und 17-Jährige in Deutschland bei den Europawahlen wahlberechtigt. Anfang des Jahres erklärte die damals Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bärbel Bas (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), dass Schulen die Hauptverantwortung für die Vermittlung demokratischer Werte tragen und sicherstellen müssten, dass Schüler:innen lernen, sich nicht ausschließlich auf TikTok oder YouTube als Informationsquelle zu verlassen und zwischen Informationen und Fake News zu unterscheiden. Dieser Ansatz ist in zweierlei Hinsicht problematisch.

Erstens erkennt Frau Bas, wie wichtig es ist, junge Menschen dort abzuholen, wo sie sich befinden. Im digitalen Zeitalter kann es sich keine demokratische Partei leisten, in den sozialen Medien nicht präsent zu sein – dem wichtigsten Kommunikationskanal der heutigen Zeit, insbesondere für junge Menschen. Die AfD nutzt die Schnelligkeit und Polarisierung von Online-Inhalten effektiv und schafft durch digitale Kampagnen ein starkes

jugendorientiertes Kommunikationsangebot.

Zweitens teilt das deutsche Schulsystem Kinder bereits nach der Grundschule in verschiedene Sekundarschulzweige mit unterschiedlichen Schwerpunkten ein. Diese Fragmentierung führt zu einem Mangel an einer einheitlichen Strategie zur politischen und demokratischen Bildung der Schüler:innen. Es kann folglich nicht davon ausgegangen werden, dass alle jungen Menschen über das gleiche Verständnis von politischen Systemen oder historischen Zusammenhängen verfügen, das für eine informierte Wahlentscheidung erforderlich wäre.

Eine Senkung des Wahlalters kann der Demokratie nur dann zugutekommen, wenn sie mit einer umfassenden Reform der politischen Bildung in den Schulen einhergeht und wenn die demokratischen Parteien erkennen, dass Investitionen in eine starke Social-Media-Strategie der Schlüssel zur Mobilisierung junger Wähler:innen sind.

#### **Die anhaltenden Auswirkungen des Erbes der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)**

Die Erfahrungen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg galten lange Zeit als Abschreckung gegen das Wiederaufleben radikaler rechtspopulistischer Parteien. Die Auswirkungen der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wurden jedoch nie als möglicher Faktor für dieses Wiederaufleben untersucht. Die jüngsten Wahlergebnisse in den Bundesländern der ehemaligen DDR legen nahe, dass ein Zusammenhang zwischen dem Erfolg der AfD in diesen Regionen und dem historischen Erbe für ehemalige Bürger:innen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) untersucht werden muss.

Studien bringen den Aufstieg populistischer Parteien in der ehemaligen DDR mit sozioökonomischen Herausforderungen wie der Abwanderung junger Menschen, der geringen Vertretung Ostdeutscher in Führungspositionen und den auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung noch bestehenden Einkommensunterschieden in Verbindung, während die langfristigen Auswirkungen der Sozialisierung ehemaliger DDR-Bürger:innen auf ihre politischen Einstellungen weitgehend übersehen werden. Ein aktuelles Strategiepapier des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts zeigt eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Demokratie, ein Gefühl der politischen Ohnmacht und den Wunsch nach einer starken autoritären Führung in Ostdeutschland. Die Normen der sozialistischen Ära prägen nach wie vor die Überzeugungen der Ostdeutschen Bevölkerung. Das Erbe der eingeschränkten demokratischen Teilhabe und Zensur unter dem DDR-Regime beeinflusst die Wahrnehmung der persönlichen Freiheit im Osten Deutschlands nach wie vor tiefgreifend.

Dieses Verlangen nach Freiheit hat jedoch nicht unbedingt die Unterstützung für die liberale Demokratie gefördert. Stattdessen hat es paradoxerweise zur Attraktivität der rechtspopulistischen Rhetorik beigetragen. Dieses Misstrauen gegenüber Institutionen und die Nostalgie für ein repressives, aber zuverlässiges System tragen dazu bei, dass Ostdeutsche empfänglicher für populistische Botschaften sind, was von der AfD effektiv genutzt wird. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass führende Politiker:innen dieses historisch verwurzelte Verlangen nach Autonomie anerkennen, um eine integrativere Politik zu fördern.

## Effektive politische Kommunikation ist die halbe Miete

In den letzten zehn Jahren hat die Kommunikationsstrategie der AfD ihre Wählerschaft effektiv mobilisiert, während andere Parteien darum kämpfen, rechtsextreme Wähler:innen zurückzugewinnen. Aussagen wie die von Lars Klingbeil von der Sozialdemokratischen Partei, der „alle vernünftigen Menschen“ dazu aufforderte, „sich [gegen die AfD] zu äußern“, verdeutlichen ein zentrales Problem der modernen politischen Kommunikation. Es ist mittlerweile üblich geworden, Anhänger rechtsextremer Parteien als „unvernünftig“ zu bezeichnen, ihre politischen Entscheidungen zu bevormunden und eine „Wir gegen die anderen“-Dichotomie zu verstärken, die zwischen „echten Demokraten“ und denen unterscheidet, die als irrational gelten.

Obwohl die AfD, die als rechtsextremistische Partei eingestuft wird, eine klare Bedrohung darstellt, ist es wichtig, sie nicht mit ihren Wähler:innen gleichzusetzen. Die eigentliche Herausforderung für die liberale Demokratie besteht darin, populistische rechte Wählerschaften wieder ins politische System einzubinden und sie zu ermutigen, moderatere politische Ansichten und Ansätze zu vertreten. Trotz der Dringlichkeit sind Strategien zur Einbindung und „Deradikalisierung“ dieser Wähler:innenschaft noch weitgehend unerforscht. Eine Studie des Forschungsinstituts für soziale Kohäsion (FGZ) aus dem Jahr 2023 zeigt, dass etablierte Parteien sich oft darauf konzentrieren, Bündnisse gegen die AfD zu schmieden, anstatt die Motivationen ihrer Wähler:innen zu verstehen.

Während populistische Parteien soziale Umbrüche und Unzufriedenheit ausnutzen, ist es unerlässlich, wirksame Kommunikationsstrategien zu entwickeln, die auf die Anliegen eingehen, Vertrauen zurückgewinnen und es rechtsextremen Wähler:innen ermöglichen, sich ohne Vorwürfe wieder der politischen Mitte anzunähern. Toleranz geht in beide Richtungen und deutsche Politiker:innen müssen auf rechtsextreme Wähler:innen zugehen, wenn sie die Demokratie schützen wollen; andernfalls besteht die Gefahr, ganze Teile der Gesellschaft vollständig zu entfremden.

---

## Referenzen:

- Bundesregierung. 2024. [Bericht zum Stand der Deutschen Einheit 2024](#). Berlin: Bundesregierung.
- Bundeszentrale für politische Bildung. 2024. ["Einstieg: Sprache und Politik."](#) Accessed January 23, 2025.
- Bundeszentrale für politische Bildung. 2022. ["Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD."](#) Accessed January 21, 2025.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, and Elmar Brähler. 2023. *Die Unzufriedenheit mit der Demokratie: Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern*. Policy Paper 2023–2. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig.
- Deutscher Bundestag. 2022. ["Abgeordnete beraten über Novellierung des Europawahlgesetzes."](#) Accessed January 14, 2025.
- Deutscher Bundestag. 2022. *Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des*

*Europawahlgesetzes*. Drucksache 20/3499.

- Deutsches Schulportal. 2023. "[Beim Thema politische Bildung liegen Berufsschulen vor Gymnasien](#)." Accessed January 21, 2025.
- Green European Journal. 2023. "[Germany's Far-Right Moment](#)." Accessed January 20, 2025.
- Haxhiavdyli, Vlora. 2024. "[German Education System](#)" Accessed January 10, 2025.
- Lengfeld, Holger, and Clara Dilger. 2023. "[Kann man AfD-Wähler\\*innen zurückgewinnen? Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021](#)." *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 4: 433-450.
- Norddeutscher Rundfunk. 2024. "[AfD-Erfolg bei Europawahlen: Interview mit David Begrich, Extremismusforscher](#)." Accessed January 14, 2025.
- Schmidtke, Oliver. 2020. "Politicizing Social Inequality: Competing Narratives from the Alternative for Germany and Left-Wing Movement *Stand Up*." *Frontiers in Sociology*, 5:13, 1-11, doi: 10.3389/fsoc.2020.00013.
- Tagesschau. 2024. "[Neue Debatte über Absenkung des Wahlalters](#)." Accessed January 10, 2025.
- Tkocz, Maximilian, and Stritzel, Holger. 2023. "[Articulating Change and Responsibility: Identity, Memory, and the Use of Historical Narratives in German Parliamentary Debates on Russia's Invasion of Ukraine](#)." *German Politics*, 1-24.
- Zeit Online. 2024. "[Geheimtreffen von Rechtsextremisten zur Remigration: Lars Klingbeil ruft zur öffentlichen Kritik an der AfD auf](#)." Accessed January 21, 2025.

**Anmerkung:** Dieser Beitrag basiert auf einem Blogbeitrag, der Teil [einer Reihe über den Aufstieg der populistischen radikalen Rechten ist](#). Der Beitrag wurde von Raed Hartmann, DeFacto, übersetzt und editiert.

**Abbildung:** [unsplash.com](https://unsplash.com)